

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

53 (4.3.1931)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 geplatzte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Ergebenbetriebe ausgen. und Stielengröße 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 6 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterfüllung des Verlagsvertrages, bei geschäftlicher Beendigung und bei Rücktritt außer Kraft tritt. Geschäftsverträge sind in Karlsruhe L. D. 9. Straße bei Tages-Verlag zu erlangen.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Aufseherin / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark • Ohne Zustellung 2.20 Mark • Durch die Post 2.00 Mark • Einzelhefte 10 Pfennig • Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr • Druckverlag 2650 Karlsruhe • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D. 9. Straße 28 • Fernruf 7020 und 7021 • Verteilungsverlag: Durlach, Hauptstraße 9; S. Baden, Jughelmstraße 12; Rastatt, Reichenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 4

Nummer 53

Karlsruhe, Mittwoch, den 4. März 1931

51. Jahrgang

Lebhafte Gefrierfleischdebatte

Sozialdemokratischer Gesetzentwurf auf zollfreie Einfuhr von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch nach scharfen Kämpfen angenommen

Berlin, 3. März. (Via. Drabt.) Der Reichstag begann seine Dienstausschüsse mit den zurückgebliebenen

Abstimmungen zum Ernährungs- und Landwirtschaftsetz

Angenommen wurde in allen drei Lesungen ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf durch den die Ausfuhr von Roggen von 60 auf 70 Prozent erhöht werden soll. Die Kommunisten brachten einen fünf Monate alten Antrag zur Abstimmung, die 600 000 aufzulösenden Tonnen Roggen für Erwerbslose und Sozialrentner zu verwenden. Der Antrag ist jetzt unzulässig, da der allergrößte Teil dieses Roggens längst konsumiert und zur Verfüllung verwendet worden ist. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, der Förderung der gährungslosen Frühreifeerzeugung besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. In anderen angenommenen Entschließungen wird die Reichsregierung ersucht, mit der Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahnverwaltungen Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, den Provinzen Schleswig, Grenzmark und Pommern der Östliche die gleichen Frachtkontingente für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Bedarfsstoffe zu geben, nach Art und Norm, wie sie Ostpreußen nach dem Osthilfsvertrag gewährt werden. Die Vergabe von Mitteln an Hausfrauenverbände usw. wird davon abhängig gemacht werden, daß diese Verbände nicht direkt oder indirekt bereits aus Reichsmitteln Zuwendungen erhalten. In einer weiteren Entschließung wird ersucht um die baldige Vorlage von Bestimmungen über die Standardisierung der Erzeugnisse der Landwirtschaft und des Obst- und Gemüsebaus, damit der ausländische Konkurrenz wirksam entgegengetreten werden könne. Ferner wurde eine sozialdemokratische Entschließung angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, den Zinsverbilligungszusatz des Reichs für Bodenverbesserungsarbeiten auszubehalten, falls es bei Prüfung des einzelnen Falles für notwendig erscheint. Ferner soll der Gesamtplan der Zinsverbilligungsanstalt für Bodenverbesserungsarbeiten entsprechend erhöht werden. Schließlich wird die Reichsregierung nach Ersuch auf Senkung der Preise für künstliche Düngemittel für die deutsche Landwirtschaft hinzuwirken.

Der sozialdemokratische Gefrierfleischantrag Es folgt die Beratung über den sozialdemokratischen Gesetzentwurf, der zur Vergrößerung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigen Fleisch rückwirkend vom 1. März ab jährlich ein Kontingent von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei zur Einfuhr zulassen will.

Obwohl diesen Gesetzentwurf erhob sich eine lange Reihe von Redner. Minister Schiele meinte, der Gesetzentwurf würde der Bauernschutzpolitik der Regierung entgegenwirken. Der Landvolkführer Hess hob die Verantwortung für die etwaige Annahme des sozialdemokratischen Antrags auf die Vertreter bei den Deutschen Nationalen und Nationalsozialisten. Deren Fernbleiben habe eben erst die Annahme des sozialdemokratischen Antrags zum Ausdruck bewirkt. Nebenhi äußerte sich der Bauernführer Volkspartei Gerauer. Der Kommunist Hönle warf dem Minister Schiele vor, daß er durch sein Verprechen, billiges Frischfleisch statt Gefrierfleisch abzugeben, den Reichstag belogen habe. Er wurde daraufhin zur Ordnung gerufen. Selbstverständlich richtete Hönle dann seine Hauptangriffe gegen die Sozialdemokratie, die niemals die Zustimmung der Kommunisten finden werden, auch wenn sie gegen die gesamten bürgerlichen Parteien für billiges Gefrierfleisch kämpft, ist sie selbstverständlich ein Vertreter an der Arbeiterklasse. Eine aufsehenerregende Rede hielt dann der mittelhändlerische Abg. Schneidewind, der Reichsminister in Köln ist. Er hielt die Einfuhr von billigem Gefrierfleisch in Deutschland für gänzlich unmöglich, denn es gäbe überall billigeres und besseres Fleisch in Deutschland als das frühere zollfreie Gefrierfleisch. Schneidewind rief in den Saal: „Bei uns in Köln gibt es vorzügliches Rinderfleisch zu 30 Pfennig, und beste Wurst für 20 Pfennig.“ Er lud den Reichstag ein nur nach Köln zu kommen, wo jede Bestellung zu diesem Preis ausgeführt werde. Auch in Kaiserslautern habe er Wurst für 20 Pfennig gesehen. Es gäbe also billige Lebensmittel in Massen in Deutschland, man wisse nur nicht, sie anzubringen. Die Einfuhr der 50 000 Tonnen Gefrierfleisch bedeute nur einen großen Gewinn für die sozialdemokratischen und christlichen Genossenheiten.

Abg. Bergmann-Hamburg (Soz.) Dies die mittelhändlerischen Gegner der Gefrierfleischimport dars auf hin, daß nicht weniger als

18 Berliner Fleischhändler angefordert haben, daß Gefrierfleisch in den bisherigen Mengen weiter eingeführt werde, weil die Minderbemittelten das deutsche Rindfleisch nicht bezahlen könnten.

Bergmann wies ferner sachgemäß nach, daß weder die Landwirtschaft noch das Gewerbe durch die Einfuhr von Gefrierfleisch geschädigt werde. Die freien Gewerbe hätten z. B. in Hamburg zwei Drittel des Gefrierfleisches verbraucht. Die Genossenschaften hätten nur ein Drittel. Im Reich liege das Verhältnis 6 zu 1. Es gäbe eben in Deutschland eine große Menge Leute, die heute noch Schweinefleisch noch Rindfleisch kaufen könnten. Die Stel-

lung der landwirtschaftlichen Vertreter sei sonderbar. Wenn es sich um ausländische Arbeitsträfte handele, so könnten sie dieses Kontingent nicht groß genug bekommen, solle aber ein kleines Quantum Fleisch für die ärmsten Volksgenossen herbeigebracht werden, so sei den Landwirten auch das winzigste Kontingent noch zu groß. Dann ironisierte Bergmann Herrn Schneidewind, wegen dessen phantastisch billigen Fett- und Wurstpreisen und fragte unter stürmischer Zustimmung der Linken, wo es denn diese ausgezeichnete Ware so billig gäbe. Das sozialdemokratische Organ in Köln solle doch die Erwerbslosen und Mobilitätsempfänger auffordern, samt und sonders ihren Bedarf an Wurst zu 20 Pfennig bei Herrn Metzgermeister Schneidewind einzukaufen. Heute kauften diese arme Leute Lunge und Kalbdaunen, die in Hamburg früher nur als Hundemittel verwendet worden seien. Man rede immer von vermögenslosen Konsumenten und denke dabei an die Erwerbslosen. Was soll es denn heißen, zu beantragen, die Erwerbslosenunterstützung in Lebensmitteln zu gewähren.

Glaubt denn jemand, die Erwerbslosen kaufen von ihren Renten etwa Brillanten?

Die ganze Rente ginge doch für Nahrungsmittel drauf, und nicht einmal für Miete bliebe etwas übrig.

Der Wirtschaftsparteiler Freese ludte seinen Kollegen Schneidewind herauszureden, aber er redete ihn nur noch mehr hinein. Stürmische Heiterkeit gab es, als Freese zweimal ausrief: „Wir wollen doch endlich einmal ehrlich sein.“ Die Linke applaudierte zu diesem lässlichen Entschluß. Dann ergriff der billige Herr Schneidewind noch, daß selbst Volksfleisch in Köln billiger Gefrierfleisch bekommen haben. Er schenke die Schuld für Millionen zu halten, der ein billiges Fleischgericht nicht zu können ist. Seine Wurstpreise, die er eine halbe Stunde vorher mit 20 Pfennig angepreiselt hat, erhöhte er allerdings in seiner zweiten Rede auf 30 Pfennig. Das Nas hat nach wieder diesen Preis noch Herrn Schneidewind ernst.

Der Zentrumsabgeordnete Schlaab gab sich noch die Mühe, in ein paar Sätzen nachzuweisen, daß der Gefrierfleischimport im Verhältnis zum Gesamtverbrauch gar keine Rolle spiele, und von Millionen gewiss nicht die Rede sein könne.

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf auf zollfreie Einfuhr von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen.

Die Kommunisten versuchten ein besonderes parteipolitisches Geschäftchen zu machen, indem sie ein Kontingent von 120 000 Tonnen Gefrierfleisch verlangten. Sie wissen ganz genau, daß die gegenwärtige Regierung ein solches Gesetz nicht hinnehmen wird. Der Antrag ist also überflüssig und schädlich. Immerhin hatten die Kommunisten folio Vernunft, für den sozialdemokratischen Gesetzentwurf zu stimmen. Es bleibt also

das Verdienst der Sozialdemokratie,

wenn nun in Deutschland wieder billiges Gefrierfleisch für die Minderbemittelten herbeigebracht wird. Ein kommunistischer Antrag, eine Aktion zur Verbilligung von Frischfleisch herbeizuführen, wurde auch mit den Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt. Er würde mindestens einen Aufwand von 50 Millionen erfordern, wofür augenblicklich keine Mittel da sind, und keinesfalls den gewünschten Zweck haben.

Die Sitzung wurde dann auf Mittwoch 3 Uhr vertagt.

Sozialdemokratie und Reichsregierung

BDZ. Berlin, 3. März. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt am Dienstag Abend eine Sitzung ab, in der Dr. Breitscheid über die Verhandlungen der Parteiführer mit Reichsminister Dr. Brüning berichtete. Die Fraktion ermächtigte ihre Beauftragten, die Verhandlungen fortzusetzen, die, wie das BDZ-Büro hört, noch einige Tage in Anspruch nehmen dürften.

Der Kernpunkt der Meinungsverschiedenheit zwischen Sozialdemokraten und Reichsregierung ist weiter das umstrittene Panzerschiff B. Der Reichskanzler hat heute Abend erneut mit den sozialdemokratischen Führern verhandelt. Er hatte außerdem eine Aussprache mit dem preussischen Ministerpräsidenten Brauns, und schließlich hat auch noch eine mehr private Unterredung zwischen einzelnen Persönlichkeiten des Zentrums und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stattgefunden.

Die Gegenforderungen, die die Sozialdemokraten gestellt haben, bestehen sich auf Steuerzuschüsse für die höheren Einkommen und Verbänden entsprechend den sozialdemokratischen Ausführenträgen, ferner auf eine Einstellung der Lohnbaupolitik und drittens auf eine Erklärung, daß an dem gegenwärtigen Stand des Sozialversicherungsweus unter keinen Umständen etwas geändert wird.

Wie das Reichsgericht entscheidet

BRZ. Berlin, 3. März. Das Reichsgericht hat, wie der nationalsozialistische Kurier mittelt, auf die Beschwerde des Klages wegen des Verbots durch Polizeipräsident Grefenkin entschieden, daß das Verbot unrechtmäßig ist.

Reichsaußenminister Curtius in Wien

Wien, 3. März. Der deutsche Reichsaußenminister Dr. Curtius und Staatssekretär Dr. Bänder in Vertretung des Reichskanzlers sind heute vormittag zu ihrem dreitägigen Besuch in Wien eingetroffen.

Mittags empfing Bundespräsident Miklas den deutschen Außenminister. Später machten Dr. Curtius und Staatssekretär Bänder dem Bundeskanzler Ender ihren Besuch und dann dem Vizekanzler Dr. Schöber. Dabei wurde in einer eingehenden Aussprache die allgemeine Lage erörtert. Die Aussprache ergab, wie mitgeteilt wird, sowohl in den allgemeinen wie in den Einzelfragen vollste Einmütigkeit der beiderseitigen Auffassungen. An dieses Thema schloß sich dann die Erörterung der wirtschaftlichen Angelegenheiten. In diesem Zusammenhang wurden auch die Fragen, die seit der Vollversammlung des Völkereubens im Herbst 1930 zur Diskussion stehen, mit besonderer Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Situation Deutschlands und Österreichs und ihre wirtschaftlichen Beziehungen zueinander und den übrigen europäischen Staaten eingehend durchgesprochen.

Bei einem Abendbankett wurden herzliche Ansprachen gehalten.

Französische Sozialdemokratie fordert Gleichberechtigung Deutschlands

Paris, 3. März. (Via. Drabt.) In ihrer unermüdbaren Budgetdebatte ist die französische Kammer bei dem Budget des auswärtigen Amtes angelangt. Den Auftakt zur Generaldebatte bildete der Bericht des radikalen Abgeordneten Paganon. Die Lage Europas, so erklärte der Berichterstatter, sei von zahlreichen Unbekannten beeinflusst. Im besten Interesse Frankreichs sei es notwendig, neben den erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen die Gelegenheiten zur internationalen Verständigung zu vervielfältigen und die Politik der solidarischen Zusammenarbeit zu fördern.

Als erster Diskussionsredner beschwerte sich der kommunistische Abgeordnete Cadin darüber, daß die kapitalistischen Mächte immer wieder Rußland einschließen versuchten. Briand antwortete mit einer Handbewegung und der kurzen Bemerkung, er könne nicht recht glauben, daß die Sowjets ernstlich an Verfolgungswahn litten.

Anschließend unternahm der sozialistische Abg. Grumbach einen Vorstoß gegen die jüngsten Erklärungen des Kriegsministers Maginot. In seiner Budgetrede habe Maginot erklärt, daß Deutschland „der Angreifer“ im Weltkrieg unbedingt stärker abrüsten müsse, als alle anderen Mächte. Wenn er, Grumbach, auch der Ansicht sei, daß die kaiserliche Regierung von 1914 eine schwere Verantwortung am Ausbruch des Krieges trage, so halte er es doch für einen

großen Fehler, daß der Verfall der Vertrag die Allein Schuld Deutschlands festlegen

versucht habe. Daber stammten die ewigen Diskussionen in Deutschland, und daher sei auch der Ausdruck „Angreifer“, den heute, 12 Jahre nach Kriegsende Maginot gebraucht habe, aufs höchste unangebracht. Darüber hinaus aber sei es

unrecht, Deutschland ewig im Zustande der Ungleichheit halten zu wollen.

Deutschland müsse die Hoffnung auf Gleichberechtigung erhalten, denn Frankreich habe die unbedingte Pflicht, mit einem Programm entsprechend Rüstungsbeschränkungen auf der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes zu erscheinen.

Briand erklärte, daß Maginot bisher in allen Vorbereitungen zur Abrüstung ehrlich und aufrichtig mitgearbeitet habe und daß die Regierung sich über die Abrüstungspolitik völlig einig sei, so daß auch Maginot den Erfolgsaussichten der Abrüstungskonferenz kein Hindernis in den Weg lege.

Der nationalsozialistische Abg. Vöhringer forderte von Briand nähere Erklärungen über das englisch-französisch-italienische Flottenabkommen. Kurz und energisch weigerte sich Briand, auf diese Frage überhaupt zu antworten. Er erklärte lediglich, daß alle drei Regierungen von dem Abkommen befriedigt seien.

Der patriotische Abgeordnete Franklin Bouillon leitete die Nachmittagsitzung mit seinem üblichen Vorstoß gegen Briands Verhandlungspolitik ein, die nichts anderes sei als Lüge und Heuchelei. Deutschlands schlechter Wille habe sich in den letzten Monaten noch verschärft. Unter den augenblicklichen Umständen laufe die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich auf die Verdrängung Polens hinaus.

Abschließend erklärte Briand noch: Zwischen

Frankreich und Deutschland

musse die Annäherung vollzogen werden und der Sieger sei gerade derjenige, der für diese Geiste qualifiziert sei. Bei dem Ergebnis der deutschen Wahlen sei er wohl gezwungen gewesen, über die Geschehen seiner Politik nachzudenken, doch müsse gerade in solchen Augenblicken ein Staatsmann seinen Mann stehen. Die französischen Grenzen seien konsolidiert, da sie feierlich von Deutschland anerkannt wurden. Frankreich habe seinerseits auf den Krieg als notwendiges Mittel verzichtet. Zur kommenden Abrüstungskonferenz erklärte er, daß Frankreich auf dieser Konferenz mit seiner ganzen Autorität auftreten werde. Der Vertreter Deutschlands verlange zwar bei beratenden Zusammenkünften das Höchstmögliche, doch erhalte dann ja auch der Vertreter Frankreichs das Wort. Die Deutschen hätten gewollt, daß sie eine Regierung besäßen, die wisse, was sie wolle, und die wirklich auf die Annäherung eingestellt sei. Das französisch-italienische Flottenabkommen bezeichnete Briand als eines der Elemente der Friedenspolitik und hob die herzliche Freundschaft und Dankbarkeit Frankreichs gegenüber Italien, das sein Blut mit dem Frankreichs vermisch habe, hervor.

Das Dritte Reich auf der Flucht

Die Saalschlacht in Müllheim

Aus dem Oberland wird uns geschrieben:
Müllheim wird nachgerade berühmt. Vor wenigen Wochen erst wurde dort in einer öffentlichen Versammlung, in der Genosse Minister Dr. Kemme sprach, von den Salentkrenzler denartig gestört, daß die Versammlung frühzeitig abgebrochen werden mußte. Es entwickelte sich dann jener Vorgang, der infolge des Abingens des Müller-Liedes den eonangelischen Pfarrer Teufel und einige andere Gutedel vor den Straßrichter brachten und ihre Bestrafung verurteilten. Um den Salentkrenzler von Müllheim und Umgebung zu zeigen, daß solche Versammlungsversuche nicht unbestraft bleiben werden, berief die Partei auf Samstag abend in die Festhalle erneut eine Volksversammlung.

Die Festhalle war auf befehl. Referent für den Abend war Genosse Reinhold, Mannheim. Er sprach über die Weltwirtschaftskrisis, das Reparationsproblem und daran anschließend über das ausmachbare Programm der Nationalsozialisten und vor allem über den größten Schanddel des Naziprogramms, die Bedrohung der Einheitsfront. Seine Ausführungen wurden oft von spontanem Beifall unterbrochen. Während des ersten Teils seiner Ausführungen rüdten die Salentkrenzler, auf Lastwagen von Freiburg befördert, etwa in der Zahl von 80 bis 100 Leuten, in den Saal ein, wobei sie sich allerdings mit Schlägen begnügen mußten.

Das Schauspiel der Versammlungsprekation sollte sich also wiederholen. Sie hatten aber nicht damit gerechnet, daß von seiten der Partei ebenfalls die notwendigen Vorkehrungen getroffen waren. Die Ausführungen des Genossen Reinhold hörten sie im allgemeinen ruhig an, obwohl derselbe in direktem Anriff auf die niedrige Meinung der ganzen Nazibewegung einwirkte und sie bis auf die Knochen blamierte. Als er feststellte, daß wenn es eine Schande wäre, Müllerburische gewesen zu sein, doch sicher das gleiche auch auf sie zu treffen werde auf einen Anreißer geschrien, wie es Adolf Hitler war. Schlag auf Schlag kassierten so die Hiebe auf die Nazis nieder.

In das Referat schloß sich freie Aussprache an. Als erster Diskussionsredner belam der Nazi Trischler aus Freiburg das Wort. Er politerte in der bekannten Nazimasse gegen die Sozialdemokratie los und benützte dabei die gemeinen Beschimpfungen. Es baute nur so von Ausbrüden, wie Konen und Wönschen, die sich in den letzten 12 Jahren laugezogen hatten. Mit von Entrüstungsgeschreien unterbrochen, überließ ihm die Versammlungsleitung die suachandene Redezeit und noch etwas darüber. Als er aber noch Klauf der Redesitz nicht abtreten wollte, wurde ihm etwas nachgeholfen, daß er auf einen etwas anderen Weg, wie es sonst im allgemeinen üblich ist, die Stufen von der Rednertribüne hinunter kam. Diesen Moment hielten wohl die Nazis für geeignet, nunmehr mit der Saalschlacht zu beginnen. Sie hatten sich aber verrecknet. Die Schußabteilung des Reichsbanners von Freiburg und Müllheim schloß die am Anriff übergehenden Nazis mit wuchtigen Hieben an die Eingangsseite zurück und die inzwischen eingetretene Polizei und Gendarmerie half noch kräftig mit dem Gummisprüddel nach. In etwa acht Minuten war das ganze Salentkrenzler auf der Festhalle hinausgeworfen. Das dabei mehr wie ein Dutzend Stühle auseinander gingen, wurde schließlich mit in Kauf genommen werden. Nun ergab sich das Gröteste: Der Nazidiskussionsredner Trischler aus Freiburg, der sich während seiner Diskussionsrede nicht froch genau benehmen konnte, kam mit schwer ausgerüstetem Kopf zur Versammlungsleitung und begab sich ganz heimlich unter deren Schutz, welcher ihm auch bereitwillig gewährt wurde. Das Privatimmum, das ihm für das zukünftige Verhalten im politischen Leben von dem Genossen Reinhold gehalten wurde, dürfte vielleicht künftighin doch nicht ohne Einfluß auf ihn bleiben.

Seine tapferen Salentkrenzler hatten ihn schließlich im Stiche gelassen.

so daß er nachher unter Begleitung eines Gendarmen sich auf die Suche nach seinen Leuten begeben mußte.

An der weiteren Fortführung der Versammlung änderte sich durch die Saalschlacht nichts. Nachdem gesäubert war, wurden die Stühle wieder in Reihen gestellt und der zweite Diskussionsredner, ein Erwerbsloser aus Müllheim, erhielt das Wort und beschwerte sich bitter über das niederträchtige Verhalten der Müllheimer Nazis gegenüber den Erwerbslosen in Müllheim. Der dritte gemeldete Diskussionsredner war mit dem Dritten Reich während der Saalschlacht durchgebrannt. Mit einer sündenden Schlußansprache des Referenten nahm so die Müllheimer Versammlung einen glänzenden Verlauf. Die Nazis aber werden wohl die Lehre daraus gezogen haben, daß es mit dem Dritten Reich noch eine gute Weile hat.

Auch die zweite Schlacht verloren

Das Salentkrenzler wird ihnen auf der Straße durch Reichsbannerleute entrisen

Bringen am Kaiserstuhl, ein bekannter Weinort. Die Bevölkerung zum größten Teil fanatisierte Nazis. Die Partei hatte auf Sonntag nachmittags halb 3 Uhr eine Volksversammlung in den Saal des Gasthauses „Zum Kaiserstuhl“ einberufen. Referent Gen. Reinhold, Mannheim. Um 2 Uhr war der Saal bereits besetzt. Ein hartes Drittel waren Nazis. Mit grünen Gesichtern saßen sie da und hofften zweifelsohne, die am Vorabend in Müllheim erlittene Schlappe unter Führung des Nazidiktators Walter von Freiburg auszuweichen zu können. Auf einmal ertönte das Geräusch von Hinausgehenden zum Fenster. Was war geschehen? Die Freiburgerer Schuß des Reichsbanners kam in drei Lastwagen angefahren und marschierten in den Versammlungsraum, in demselben allerdings nur wenig Platz findend, und so den ganzen Treppenaufgang zum Saal Mann an Mann dicht besetzt. Die Nazis, die zu dem Zweck gekommen waren, die Versammlung zu sprengen, waren so wie in einer Mausefalle eingeschlossen.

Da tat der Nazidiktator aus Freiburg das Feinste, was es gab, aber schließlich unter der obwaltenden Situation doch das Klügste, er forderte seine Anhänger auf, mit ihm das Lokal zu verlassen und in den „Engel“ zu gehen, da dort jetzt eine Naziversammlung eröffnet werde. Gröhend und heulend sogen die Hitlerjünglinge ab, wobei es allerdings äußerster Disziplin bedurfte, um ihr Zusammenhalten durch die anwesenden Republikaner zu verhindern. Insbesondere als noch bekannt wurde, daß sie beim Einrücken der Schuß den letzten paar Leuten noch Verletzte an den mit Latenstücken beisebracht hatten. Nach dem Abzug der Nazis war der Versammlungsraum sofort wieder kuppelnd besetzt. Genosse Reinhold hielt eine sündende Ansprache für die Fortführung der begonnenen republikanischen Abwehrbewegung.

In der Annahme, daß die Salentkrenzler zu einem neuen Sturm ansetzen werden und sich eine Straßenschlacht entwickeln könnte, wurde inzwischen die Gendarmerie von Breisach alarmiert. Die Annahme war richtig. Etwa eine Stunde nach ihrem Auszug aus dem Versammlungsraum

nahmen sie in Marschkolonnen mit einer riesengroßen Salentkrenzler auf das Versammlungslokal zu, um da einen Sturmangriff zu beginnen. Sie waren allerdings sehr verunsichert, auf einmal auf die Staatsgewalt zu stoßen. Im Handumdrehen hatten ein paar beherste Parteifreunde ihnen

die Fahne entrisen und brachten sie unter ungeheurem Jubel der Versammlungsteilnehmer in das Versammlungslokal.

So verloren die Salentkrenzler die zweite Schlacht in Bringen und dazu noch, was wohl für einen Nazi das Schlimmste ist, ihr Kampfbanner. Gegen Abend fuhr dann die Schußabteilung in dem freudigen Empfinden, wiederum eine Schlacht gewonnen zu haben, nach Freiburg zurück und die Salentkrenzler können mit ihren verbündeten Köpfen nunmehr auf das Ergebnis einer fast zweitägigen Aktion mit großem Rohentum zurückblicken.

Die landwirtschaftlichen Bodenbesitzverhältnisse in Baden

Aus dem Reichstagsprotokoll des Landtags schreibt man uns:
Am Dienstag, 3. März, befragte der Ausschuss die seit November 1929 vorliegende Denkschrift der Regierung über die landwirtschaftlichen Bodenbesitzverhältnisse, die ein übersichtliches Bild gibt über die ungeheure Verschlechterung, die wir in Baden haben. Man spricht von uns als dem typischen Lande des Parzellenbetriebs denn man zählte 1925 nicht weniger als 154 607 Parzellenbetriebe unter 2 Hektar. In Bayern kommen auf einen Betrieb im Durchschnitt 8,6 Hektar Besäfläche, in Württemberg 6,8, in Baden aber nur 4,6 Hektar. In der Gemeinde Fischolsheim im Bezirk Adelsheim z. B. weist ein Betrieb nicht weniger als 157 Grundstücke auf.

Der Ausschuss, dessen Berichterstatter Abg. Haas (Zentrum) war, sprach sich für eine Erhöhung der sogenannten Anteilbarkeitsgrenze über 9 Hektar hinaus aus. Dem trat auch der sozialdemokratische Redner bei, welcher auf die Unrentabilität des Parzellenbetriebs hinwies. Deswegen seien sehr viele Landbewohner zur Industrie abgewandert.

Die Feldbereinigung
In Verbindung mit der erwähnten Denkschrift steht der jetzt gleichherweise dem Landtag vorliegende Gesetzentwurf über die Feldbereinigung. Diese ist in den letzten Jahren nur in geringem Umfang durchgeführt worden; sie ist eben eine Frage der Kosten. Der badische Staat will sich an diesen Kosten nur ein Drittel beteiligen. Armen Gemeinden kann der Finanzminister den Anteil des Staates an den Bereinigungskosten bis auf zwei Drittel erhöhen. Die übrigen Kosten sind auf die beteiligten Grundbesitzer umzulagen. Durch Vereinfachung der Vermessungsarbeiten lassen sich die Kosten auf 1/5 für den Hektar herabsetzen.

Zu der Vorlage hat die Zentrumstraktion mehrere Anträge eingebracht, die sich auf Einzelbestimmungen beziehen. Die Landwirtschaftskammer machte in einer längeren Eingabe gleichfalls Vorschläge für Abänderung der Vorlage. Sie erkennt die bessere Regelung der Kostenfrage als Fortschritt an, hat aber sonst an der Vorlage manches auszusetzen. — Die Regierung wies die erhobenen Vorwürfe zurück. Man könnte in Baden mit einer Feldbereinigungsstelle auskommen; die Landwirtschaftskammer hat 2-4 solcher Stellen beantragt.

Beachtenswert ist auch die Bestimmung der Vorlage, daß jeder Eigentümer verpflichtet ist, Arbeiten, die zur Vorbereitung und Durchführung einer Feldbereinigung notwendig sind, auf seinem Grundstück gegen Entgelt des dadurch verursachten Schadens auszuführen zu lassen. — Dagegen dürfen in das Verfahren ohne die Zustimmung des Eigentümers nicht eingeschoben werden: Hausgrundstücke, Gärten, Baumgärten und Grundstücke, die zu einem geschlossenen Weid- oder Rebengebiet gehören.

Kampffanfanen gegen Faschismus

Massenkundgebung in Berlin

Die Berliner Sozialdemokratie veranstaltete am Montag abend in dem größten Saale Berlins, dem Sportpalast, eine mächtige Kundgebung gegen Gewalt und Faschismus. Der große Saal des Sportpalastes mußte wegen Ueberfüllung schon lange vor Beginn der Kundgebung polizeilich geschlossen werden. Als Redner waren der italienische Enklatant Pietro Nenni, Abramowitsch (Kußland) und der Vorsitzende der deutschen sozialdemokratischen Partei Otto Wels aufgetreten.

Pietro Nenni-Italien

schilderte die Entstehung des Faschismus in Italien, indem er u. a. ausführte: Die Bourgeoisie nahm die Propaganda des Schreiers Mussolini nicht ernst, genau so wenig, wie die deutschen Kohlenbarone an der Ruhr, die antikapitalistischen Deflationen Hitlers für bare Münze nahmen. Das kapitalistische Bürgertum wußte, daß Mussolini der Träger ihres Klassenbewußtseins sein würde und nur die „altgewordenen Nachfolger von Karl Marx“ bekämpfen Mussolini. So sammelte er Bürgerjähne und junge Bauern, Desaffilierte und Abenteuerer, Landsknechte des 20. Jahrhunderts, die unter der Fahne des Nationalismus

Reicharditen des Kapitalismus

wurden. Als dann der König sich für den Umsturz entschied und Mussolini im Staatswagen von Mailand nach Rom fuhr, hatte die Gewalt gefiegt. Heute hatten 300 000 Mann faschistischer Willkür die italienische Freiheit gestohlen. Die Gegner des Faschismus sind vogelfrei und der wirtschaftlichen Fikela preisgegeben. Korruption und Entregung, Schieberbereiherheit und

bitterste Not der Arbeiterschaft

berzihen.“

Abramowitsch-Kußland

schilderte die Zustände im Reiche des Bolschewismus und stellte nach dem Zeugnis eines sowjetfreundlichen Journalisten der New York Times fest, daß sich von den ehemals eingetragenen zwei Millionen Menschen heute noch eine Million in den Konzentrationslagern befinden. Der alte Jaremski sei nicht so schlimm als der

kommunistische Faschismus.

Die kommunistische Inquisition wolle die russische Sozialdemokratie moralisch und physisch vernichten. Aber es gebe ein höheres Gericht, als das oberste Gericht der Sowjetrepublik, das zur Zeit wieder in Moskau gegen 14 „arabene Sozialdemokraten“ verhandelt. Das sei das Gericht der internationalen Arbeiterschaft. Hier gewinne die russische Sozialdemokratie den Prozeß, wenn auch die 14 armen und erregten Menschen in Moskau verurteilt würden.

Otto Wels

der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, führte aus: „Faschismus und Bolschewismus werden die Arbeiterschaft zurück. Unser Kampf gegen den Faschismus, der nach dem 14. September in ganz Deutschland geführt wird, vermag von unserem Umwehrmitten. Wir wissen, was wir der deutschen Demokratie schuldig sind. (Stürmischer Beifall.) Wir wissen, daß wir durch ihre Erhaltung der Arbeiterklasse dienen. (Neue stürmische Zustimmung.) Sorgen wir, daß der Auszug der Nationalsozialisten

Das Flottenabkommen

Als Inhalt des französisch-italienischen Flottenabkommens teilt das Giornale d'Italia folgendes mit:
1. Minderung der Flottenvermögen und Verlangsamung der Schiffsbauten beider Länder, 2. Gleichwertigkeit der Schiffarten, nicht also gleiche Anzahl der Schiffstonsen bei beiden Ländern im Flottenprogramm bis 1936, 3. Rüstungspause zwischen Frankreich und Italien insofern, als die Flotten nicht vermehrt, sondern nur nach den bereits vorliegenden Programmen ausgebaut werden sollen, 4. steigende Tendenz zur Herabdrückung der gesamten Zahlen und Schiffstonsen, 5. Verzicht auf alle anderen Fragen, d. h. vor allem des Prinzips der Gleichheit der Flottenstärke bis Ende 1936. Die italienische Presse setzt sich von der Annahme des Abkommens durch die französische Regierung ungemein befreidat und findet plösiglich viel Lob für die Haltung Frankreichs.

Einigung in der Salzfrage in Indien

Neu Delhi, 3. März. Wie gemeldet wird, wurde zwischen Gandhi und dem Schatzkanzler George S. Hughes eine endgültige Einigung in der Frage des Salzmonopols erzielt.

Der neue Terrorprozeß in Sowjetrußland

Moskau, 3. März. (Tel.-Agentur der Sowjetunion.) Nach dem Verhör der Angeklagten ergab das Gericht zu eingehender Prüfung der Tätigkeit des Auslandsbüros über. Der Staatsanwalt gab die Erklärung der Auslandsdelegation des Zentralkomitees der Menschewiken bekannt, wonach die Angeklagten nicht Mitglieder des Auslandsbüros seien, daß sie vielmehr Propagandare seien oder daß ihre Auslagen mit Gewalt erzwungen wären.

Flakenkreuz wünscht sozialdemokratische Spaltung

Der nationalsozialistische Führer wünscht, daß es in der Sozialdemokratie zu ähnlichen Auseinandersetzungen und Kämpfen kommt, wie in der Nationalsozialistischen Partei. Er bringt deshalb eine Alarmnachricht aus Berlin über „Spaltung der Sozialdemokratischen Partei und Gründung der USP-Partei.“
Daß seine ganze Meldung aus den Fingern gejogen ist, geht schon daraus hervor, daß er einmal davon spricht, „marxistische Juden den verhaften, eventuell den Gedanken einer neuen US-Gründung zu verwirklichen und ein anderes Mal erklärt, „es würde aber sicher sein, daß die Herren Herrmann Müller, Löbe, Breitscheid usw. sich gegenüber den „kleinen Bonzen“ aus der Provinz durchsetzen“ werden. Also einmal sind es „marxistische Juden“, die sich gegen die Partei auflehnen würden, ein andermal sollen die gleichen Gruppen „kleine Bonzen“ sein, denen der Kurs nicht recht ist. Wie es eben den Herren vom Flakenkreuz gerade gefällt. Selbstverständlich ist an der Meldung kein wahres Wort.

Reichsindexziffer

Das Reichsstatistische Amt teilt mit: Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) belief sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Februar auf 138,8 gegenüber 140,4 im Vormonat. Sie somit um 1,1 v. S. zurückgegangen.

Kampffanfanen gegen Faschismus

Massenkundgebung in Berlin

Die Berliner Sozialdemokratie veranstaltete am Montag abend in dem größten Saale Berlins, dem Sportpalast, eine mächtige Kundgebung gegen Gewalt und Faschismus. Der große Saal des Sportpalastes mußte wegen Ueberfüllung schon lange vor Beginn der Kundgebung polizeilich geschlossen werden. Als Redner waren der italienische Enklatant Pietro Nenni, Abramowitsch (Kußland) und der Vorsitzende der deutschen sozialdemokratischen Partei Otto Wels aufgetreten.

Pietro Nenni-Italien

schilderte die Entstehung des Faschismus in Italien, indem er u. a. ausführte: Die Bourgeoisie nahm die Propaganda des Schreiers Mussolini nicht ernst, genau so wenig, wie die deutschen Kohlenbarone an der Ruhr, die antikapitalistischen Deflationen Hitlers für bare Münze nahmen. Das kapitalistische Bürgertum wußte, daß Mussolini der Träger ihres Klassenbewußtseins sein würde und nur die „altgewordenen Nachfolger von Karl Marx“ bekämpfen Mussolini. So sammelte er Bürgerjähne und junge Bauern, Desaffilierte und Abenteuerer, Landsknechte des 20. Jahrhunderts, die unter der Fahne des Nationalismus

Reicharditen des Kapitalismus

wurden. Als dann der König sich für den Umsturz entschied und Mussolini im Staatswagen von Mailand nach Rom fuhr, hatte die Gewalt gefiegt. Heute hatten 300 000 Mann faschistischer Willkür die italienische Freiheit gestohlen. Die Gegner des Faschismus sind vogelfrei und der wirtschaftlichen Fikela preisgegeben. Korruption und Entregung, Schieberbereiherheit und

bitterste Not der Arbeiterschaft

berzihen.“

Abramowitsch-Kußland

schilderte die Zustände im Reiche des Bolschewismus und stellte nach dem Zeugnis eines sowjetfreundlichen Journalisten der New York Times fest, daß sich von den ehemals eingetragenen zwei Millionen Menschen heute noch eine Million in den Konzentrationslagern befinden. Der alte Jaremski sei nicht so schlimm als der

kommunistische Faschismus.

Die kommunistische Inquisition wolle die russische Sozialdemokratie moralisch und physisch vernichten. Aber es gebe ein höheres Gericht, als das oberste Gericht der Sowjetrepublik, das zur Zeit wieder in Moskau gegen 14 „arabene Sozialdemokraten“ verhandelt. Das sei das Gericht der internationalen Arbeiterschaft. Hier gewinne die russische Sozialdemokratie den Prozeß, wenn auch die 14 armen und erregten Menschen in Moskau verurteilt würden.

Otto Wels

der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, führte aus: „Faschismus und Bolschewismus werden die Arbeiterschaft zurück. Unser Kampf gegen den Faschismus, der nach dem 14. September in ganz Deutschland geführt wird, vermag von unserem Umwehrmitten. Wir wissen, was wir der deutschen Demokratie schuldig sind. (Stürmischer Beifall.) Wir wissen, daß wir durch ihre Erhaltung der Arbeiterklasse dienen. (Neue stürmische Zustimmung.) Sorgen wir, daß der Auszug der Nationalsozialisten

Saltschicht in Indien

Neu Delhi, 3. März. Wie gemeldet wird, wurde zwischen Gandhi und dem Schatzkanzler George S. Hughes eine endgültige Einigung in der Frage des Salzmonopols erzielt.

Der neue Terrorprozeß in Sowjetrußland

Moskau, 3. März. (Tel.-Agentur der Sowjetunion.) Nach dem Verhör der Angeklagten ergab das Gericht zu eingehender Prüfung der Tätigkeit des Auslandsbüros über. Der Staatsanwalt gab die Erklärung der Auslandsdelegation des Zentralkomitees der Menschewiken bekannt, wonach die Angeklagten nicht Mitglieder des Auslandsbüros seien, daß sie vielmehr Propagandare seien oder daß ihre Auslagen mit Gewalt erzwungen wären.

Flakenkreuz wünscht sozialdemokratische Spaltung

Der nationalsozialistische Führer wünscht, daß es in der Sozialdemokratie zu ähnlichen Auseinandersetzungen und Kämpfen kommt, wie in der Nationalsozialistischen Partei. Er bringt deshalb eine Alarmnachricht aus Berlin über „Spaltung der Sozialdemokratischen Partei und Gründung der USP-Partei.“

Gewerkschaftsbewegung

Die Textilarbeiter des Albtals protestieren

In Besessungssammlungen und Konferenzen haben die Textilarbeiter des Albtals gegen den vom stellvertretenden Landesobergewerksrat Hanewinkel gefällten Schiedspruch Stellung genommen. Die unerhörte Lohnreduzierung, die weder wirtschaftlich noch sozial berechtigt ist, löste flammenden Protest aus. Die Abzüge von 2-7 % pro Stunde bei Stundenlöhnen von 63 und 60 Pf. bei männlichen über 25 Jahre alten Arbeitern und 45 Pf. bei weiblichen über 25 Jahre, sind untragbar. Durch die enorme Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit bereits so verarmt, das das Elend undschreiblich wird, besonders bei Familienernährern, war die Stimmung derart, daß das Schlimmste zu befürchten war, daß die Kollase ist wirklich groß. Der Schiedspruch ist dieserhalb **abgelehnt** und wurde einstimmig abgelehnt.

Die Gewerkschaften wurden bevollmächtigt, alle ihnen erforderlichen Mittel zu übernehmen, um bei einer eventuell durch die Arbeitgeber beantragten Verbindlichkeitsklärung eine Ermäßigung der Abzüge zu erwirken. Da bereits in den Betrieben die Abzüge 20-30 Prozent eckent wurden und durch die unqualifizierte Arbeitsweise das Letzte an Arbeitskraft aus den Arbeitern und Arbeiterinnen herausgeholt wird, sind die Abzüge um so unerträglich. Nicht unerwähnt gelassen werden soll, daß die **Wahlkommission** der Kollase der Zeit und der Wirtschaft sowie im einzelnen Betrieben Rechnung getragen wissen wollten. Das Kommando, das durch den Schiedspruch angenommen wurde, ist aber **verurteilt** worden. Folgende

Entschlüsse

wurde einstimmig angenommen:
Die Besessungssammlungen der Textilbetriebe des Albtals haben von dem Schiedspruch des stellvertretenden Landesobergewerksrats Obergewerksrat Hanewinkel, Karlsruhe, Kenntnis genommen. Sie erheben gegen die vorerwähnte Lohnreduzierung **schärfsten Protest**. Eine solche Maßnahme sei von wirtschaftlichem und sozialem Unverstand. Von wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten aus gesehen, führen solche Maßnahmen zum Untergang von Arbeiterkraft und Wirtschaft. Doppelte Arbeitsleistung und Senkung der amerikanischen Löhne sind keine Mittel, um die Arbeiterkraft zum notwendigen wirtschaftlichen und staatlichen Aufbau anzuspornen. Wenn Staat und Wirtschaft dadurch gehalten werden sollen, daß man bei den sich hier niederen Löhnen der Textilarbeiter noch 2-7 Prozent abzug, so glauben wir nicht mehr an den Ausfall und an eine gesunde Staatswirtschaft. Der Schiedspruch ist **unannehmbar** und für die Arbeiterkraft des Albtals **untragbar**. Die Arbeiterkraft beauftragt die Gewerkschaften, alles zu unternehmen, um eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs zu verhindern. Trotz ihrer Kollase ist sie gewillt, den Kampf um Menschenrechte und Existenz mit allen arbeitsrechtlichen Mitteln durchzuführen.

Schiedspruch im badischen Damenschneidergewerbe

Freiburg i. B., 3. März. Vom Schlichtungsausschuß Freiburg wurde heute ein einstimmiger Schiedspruch gefällt, der eine **Lohnreduzierung** von 10 Prozent anordnet.

Partei-Nachrichten

Wahheim. Vergangenen Samstag hatten sich in der „Krone“ eine Anzahl Parteifreunde zusammengefunden, um im Beisein des Gewerkschaftssekretärs **Trink** über die Gründung einer Ortsgruppe der Sozialdem. Partei zu beraten. Diese Besprechung hatte ein **gutes Ergebnis**, das alle Anwesenden der Partei beizutragen. Unser **Partei- und Vereinslokal** ist die „Krone“. Dasselbe liegt auch der **Volksfreund** auf.

Von Mittwoch, 11. bis Dienstag, 17. März, findet in **Karlsruhe** in der **Behelstraße** ein

Referentenkurs

der von **Genosse Rudolph Weimar** geleitet wird.
Der Unterricht beginnt jeweils pünktlich jeden Abend um halb 8 Uhr und dauert bis 10 Uhr. Samstag, 14. März, beginnt der Unterricht bereits mittags 5 Uhr und dauert bis abends 10 Uhr, für Samstag, 15. März, ist der Unterrichtsbeginn bereits um 9 Uhr mittags vorgesehen, die **Beendigung** nachmittags.

Gewinn und **Gewinnen**, die sich an diesem Kursus beteiligen wollen, werden aufgefordert, sich bis

spätestens **Montag, 9. März**, Sekretariat, **Waldstraße 28**, Seitenbau, schriftlich oder persönlich zu melden. Insofern wird **zahlreiche** Beteiligung aus den Reihen der **Jugendgenossen** erwartet! Auch von den **umliegenden Ortsvereinen** erwarten wir **umfangreiche** Beteiligung, um **weiter**, als **entsprechende** **Bedürfnisse** übernommen werden.

Das **Unterrichtsmaterial** wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt. Das **Partei-Sekretariat**.

Entlassung von 6 Prozent für das badische Damenschneidergewerbe vorsteht. Die **Erklärungsfrist** läuft bis zum 11. März 1931. Die **Neuregelung** soll bis zum 30. September 1931 unfindbar sein.

Entlassungen im polnisch-oberschlesischen Kohlengebiet

Kattowitz, 2. März. Im Kohlenbezirk von polnisch-oberschlesien stehen neue Arbeiterentlassungen bevor. Zahlreiche große Gruben, darunter der **Donnersmarkt-Konzern** haben umfangreiche Entlassungen beantragt. Teilweise beabsichtigen die Werke 50 Prozent ihrer **Gesamtbeschäftigung** zu kündigen. Ingesamt werden mehrere **Tausend Arbeiter** von den **Mahnahmen** betroffen werden. Die **Wesgruben** fordern u. a. die **Schließung** der **Grube Alexander I.** Da durch würden weitere 1000 Arbeiter **hinfällig**.

Kurzarbeitsabkommen in der chemischen Industrie Mitteldeutschlands

Halle a. S., 2. März. In freier Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern wurde am Samstag ein **Kurzarbeitsabkommen** für die chemische Industrie Mitteldeutschlands (Sektion Bb, umfänglich die Gebiete Provinz Sachsen, Anhalt, Thüringen) mit Geltung bis zum 30. September getroffen. Die **Kündigungsfrist** zur Einführung von Kurzarbeit mit Gehaltskürzung beträgt vier Wochen, und zwar immer zum Monatsersten. Das **neue Abkommen** ist bereits mit dem 1. März in Kraft getreten. Die **Wiesenerberger Wagnarwerk** haben auf Grund einer neuen Vereinbarung die **Kurzarbeit** für Angestellte in Form einer **wöchentlichen** **Beierfrist** unter entsprechender Gehaltskürzung eingeführt.

Lohnbewegung bei der Reichsbahn

Am Sonntag tagte in Dresden der **Bezirksvorstand** des **Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands** für den **Reichsbahndirektionsbezirk Dresden (Sachsen)** und beschloß sich u. a. auch mit der von der **Reichsbahnverwaltung** ebrill erfolgten **Aufkündigung** der **Lohnbestimmungen**. Nach einem **umfangreichen** **Referat** des **Verbandsvorsitzenden** — **Reichstagsabgeordneter Franz Schefel, Berlin** — brachte der **Bezirksvorstand** einstimmig zum **Ausdruck**, daß die **Eisenbahner** bereit sind, mit **allen Kräften** die **Organisation** im **Abwehrkampf** gegen die von der **Reichsbahn** geplanten **Lohnabbaumaßnahmen** zu unterstützen.

Die an der Konferenz beteiligten **Geschäftsführer** der großen **Ortsgruppen** im **Verbandsbezirk** in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Reichenbach i. L., Riesa, Wurzen, Plauenischer Grund, Zittau und **Bischofswerda** betonten in der **Aussprache**, daß es **nötig** **untragbar** wäre, eine **weitere Lohnverminderung** insbesondere für die **schlechtbezahlten Arbeitergruppen** in Kauf zu nehmen. Die **örtlichen** **Organisationen** seien sich **deutlich** bewußt, daß die **Reichsbahn** einen **hartnäckigen Kampf** um die **Lohnherabsetzung** führen wolle und **gerade** deshalb werden die **Eisenbahner** dafür **geraten**, den **kommenden Auseinandersetzungen** **gerüstet** gegenüber zu stehen.

Berlin, 3. März. Die **Lohnverhandlungen** bei der **Reichsbahn** haben heute begonnen. Die **deutsche Reichsbahn** hat **vorgezogen**, den **Stundenlohn** um **7 Pf.** **allgemein** zu **senken**. Dies bedeutet für die **Arbeiter** der **mittleren Lohngruppe** im **mittleren Lohngebiet** eine **durchschnittliche Ermäßigung** um **etwa 10-11 Prozent**. Die **Gewerkschaften** haben sich ihre **Stellungnahme** **vorbehalten**. Die **Verhandlungen** werden am **10. März** fortgesetzt.

Aus dem Gerichtssaal

Bürkle-Prozess

D3. Freiburg, 2. März. Im weiteren Verlauf der **Verhandlung** im **Bürkle-Prozess** beginnt dann die **Vernehmung** des **Bankiers Otto G. S. S. S.**. Der **persönliche Eindruck** von **Bürkle** sei der eines **vorläufigen** **Kaummannes** von **wenig Initiative** gewesen. **Irgendwelche** **Ereignisse** **gegenüber** der **Bürklebank** seien **nicht** **ausgeführt** **worden**. Der **Zeuge** war der **Ueberzeugung**, daß **Wieber** **wirtschaftlich** **an** der **Bank** **beteiligt** **war**. — **Sonditus Guido Reppert** machte **hierauf** **Angaben** **über** **seine** **Fahrt** **nach** **Luano** **zu** **Lieber** **und** **verwidert** **sich** **in** **fortgesetzter** **Widerprüfung**. Er **wurde** **unbereidigt** **vernommen**. — **Zeuge G. e. d.**, ein **früherer** **Angestellter** der **Bürklebank**, gab an, daß er **im** **Jahre** **1926** **entlassen** **worden** **war**, und **wahrscheinlich** **deshalb**, weil **Direktor** **Wieber** **von** **Deutschen** **Caritas-** **Verband** **im** **Jahre** **1925** **Mitteilung** **von** **einer** **Unterbilanz** **gemacht** **habe**. Der **Zeuge** **wollte** **schon** **seiner** **Zeit** **der** **Staatsanwaltschaft** **Mitteilung** **davon** **machen**, daß **die** **Bank** **nicht** **mehr** **liquid** **und** **die** **Bilanz** **gefällig** **sei**. Da **aber** **Wieber** **nach** **seiner** **Aussprache** **sagte**, **die** **Bank** **zu** **liquidieren**, **habe** **er** **weitere** **Schritte** **nicht** **mehr** **unternommen**. — **Der** **wegen** **Krantheit** **kommissarisch** **vernommene** **Zeuge** **Dr. F. Lindler** **war** **ebenfalls** **der** **Meinung**, daß **die** **Bank** **im** **Jahre** **1925** **illiquide** **gewesen** **sei**. **Weiter** **weist** **der** **Zeuge** **in** **dem** **Protokoll** **auf** **die** **nötige** **Unordnung** **in** **der** **Buchhaltung** **hin**.

Freiburg, 3. März. Zu **Beginn** des **heutigen** **Verhandlungstages** wurde eine **Erklärung** der **Reichsbank** **verlesen**, die **feststellt**, daß **seitens** der **Reichsbank** **an** **Herrn** **Bankier** **Schmidt**, **Basel**, **keinerlei** **Erklärung** **über** **die** **Bürklebank** **abgegeben** **worden** **sei**, **insbesondere** **nicht** **beragt**, daß **das** **Bankhaus** **Krebs** **erst** **an** **letzter** **Stelle** **der** **Freiburger** **Banken** **rangiere**. **Den** **Bankangestellten** **seien** **derartige** **Aussprüche** **unzulässig**. **Auf** **eine** **Anfrage** **der** **Deutschen** **Bank** **in** **Karlsruhe** **sei** **mitgeteilt** **worden**, daß **die** **Bürklebank** **mit** **der** **Reichsbank** **im** **Abrechnungsverkehr** **sehe** **und** **mit** **ausländischen** **Banken** **Geschäftsverbindungen** **unterhalte**. **Dann** **wurde** **in** **der** **Verhandlung** **der** **bekanntes** **Wechselstücken** **von** **Herlins** **zu** **ungunsten** **des** **Klosters** **St. Trudbert** **eingetretet**.

Das **Kloster** **ist** **als** **Organisation** **von** **Schwwestern** **zur** **Ausübung** **der** **Krankenpflege** **ein** **eingetragener** **Verein**. **Das** **Krankenhaus** **in** **Freiburg** **ist** **ein** **Fiskalunternehmen**. **Durch** **Berliner** **Vermittlung** **erhielten** **die** **Schwwestern** **Kredite** **zum** **Bau** **eines** **neuen** **Pfarrhauses** **in** **St. Trudbert**. **Auch** **für** **den** **Krankenhausneubau** **in** **Freiburg** **wurden** **durch** **Herlings** **Vermittlung** **Kredite** **in** **Höhe** **von** **etwa** **600 000** **M** **befohlt**. **Da** **die** **Baufkosten** **über** **eine** **Million** **Mark** **betragen**, **und** **Herling** **wegen** **der** **bekanntem** **Schwierigkeiten** **der** **Bank** **diese** **Gelder** **nicht** **aufbringen** **konnte**, **ging** **er** **zur** **Methode** **der** **Bechselfinanzierung** **über**. **Es** **gelang** **ihm**, **die** **Schwwestern** **zur** **Unterzeichnung** **auch** **der** **Prologationswechsel** **zu** **bringen**, **da** **diese** **Herling** **unbedingtes** **Vertrauen** **schien**, **das** **sich** **Herling** **durch** **sein** **schweibliches** **Wesen** **zu** **verschaffen** **vermochte**. **Nachdem**, **wenn** **er** **in** **St. Trudbert** **weilte**, **wurde** **er** **in** **der** **Klosterkirche** **Freund** **angestrichen**. **Die** **heiligen** **verantwortlichen** **Schwwestern** **von** **St. Trudbert**, **Mutter**, **die** **selbst** **verantwortlichen** **Schwwestern** **von** **St. Trudbert**, **Europa** **und** **Oberin** **Balsaline** **erlitten** **bei** **der** **Entdeckung** **der** **herlingschen** **Betrügereien** **schwere** **Körperverletzungen**, **so** **daß** **ihre** **Bernehmung** **im** **Prozess** **unmöglich** **ist**. **Eine** **in** **St. Trudbert** **geplante** **Konfrontation** **Herlings** **mußte** **unterbleiben**, **weil** **man** **befürchtete**, **daß** **diese** **schwere** **gesundheitliche** **Schädigungen** **der** **beiden** **Schwwestern** **bedeuten** **würde**.

Volkswirtschaft

Das **Karlsruher** **Baugewerbe** **hat** **vorläufig** **wieder** **den** **Betrieb** **voll** **aufgenommen**. **Der** **württembergische** **und** **badische** **Handwerkskammerrat** **dielt** **in** **Karlsruhe** **eine** **gemeinsame** **Sitzung** **ab**, **in** **der** **die** **Löhner** **Rot** **der** **Gegenwart** **und** **die** **trifflige** **Wirtschaftslage** **des** **Handwerks** **erörtert** **und** **hauptsächlich** **die** **Reichshandwerkskammer** **vorberichtet** **wurde**.

Gründung **einer** **internationalen** **Robentkreditbank** **in** **Basel**. **Wie** **die** **Schweizerische** **Dechselgenossenschaft** **meldet**, **erfolgte** **die** **Gründung** **einer** **internationalen** **Robentkreditbank** **mit** **einem** **Kapital** **von** **25** **Millionen** **Schweizerfranken**, **wovon** **zunächst** **5** **Millionen** **einbezahlt** **werden**.

Ausblicke der Redaktion

R. A. Karlsruhe. Von **Ihrer** **Mitteilung**, daß **Professor** **Giorgio del Vecchio**, ein **Jude**, **Mitglied** **des** **Direktoriums** **der** **nationalsozialistischen** **Partei** **wurde**, **nehmen** **wir** **Kenntnis**. **Der** **Borana** **bedeutet** **jedoch** **nichts** **Neues**, **da** **seit** **Schaffung** **des** **nationalsozialistischen** **Musiklokal** **auch** **Juden** **unter** **ihren** **Mitarbeitern** **hat** — **was** **allerdings** **aus** **„Zweckmäßigkeitsgründen“** **von** **den** **deutschen** **Führern** **verhieden** **wird**.

Nr. 1000. **Von** **einer** **derartigen** **Auflage**, **wie** **sie** **von** **Ihnen** **erwähnt** **wird**, **ist** **uns** **nichts** **bekannt**. **Auch** **dem** **Arbeitsamt**, **bei** **dem** **wir** **uns** **erkundigt** **haben**, **ist** **man** **darüber** **nicht** **informiert**. **Vielleicht** **können** **Sie** **uns** **näheres** **Material** **geben**, **um** **die** **Sache** **verfolgen** **zu** **können**.

Nr. 3. **Für** **die** **bei** **der** **Krisenunterstützung** **ausgeschickten** **Arbeitslosen** **besteht** **im** **allgemeinen** **die** **Fürsorge** **der** **Beiträge** **für** **die** **Invalidenversicherung**. **Bei** **Ablehnung** **der** **Bezahlung** **durch** **die** **Fürsorge** **hat** **der** **Bezeichnete** **selbst** **dafür** **aufzukommen**. **2.** **Es** **sind** **im** **Jahre** **mindestens** **10** **Marken** **zu** **leben**, **um** **die** **Anwartschaft** **zu** **erhalten**. **Die** **Beitragsrate** **ist** **alle** **zwei** **Jahre** **vom** **Tage** **der** **Ausstellung** **an** **gerechnet** **umzutauschen** **und** **muß** **dann** **mindestens** **20** **Marken** **enthalten**. **Bei** **freiwilliger** **Weiterversicherung** **ist** **mindestens** **die** **zweite** **Beitragsklasse** **zu** **zahlen**.

Nr. D. D. A. **Die** **Lohnklasse** **muß** **der** **Entlohnung** **entsprechen**. **Man** **kann** **also** **nicht** **in** **eine** **höhere** **Lohnstufe** **eingereiht** **werden**, **als** **wie** **sie** **der** **wirklichen** **Entlohnung** **entspricht**.

Nr. 100. **Das** **ist** **sehr** **fraglich**, **ob** **die** **Gemeinde** **schadenersatzpflichtig** **ist**. **Es** **kommt** **nämlich** **darauf** **an**, **ob** **die** **Behörde** **seitens** **der** **Gemeinde** **eine** **Entlohnung** **erhielt**. **ist** **dies** **nicht** **der** **Fall**, **dann** **ist** **die** **Gemeinde** **auch** **nicht** **schadenersatzpflichtig**. **Das** **sogenannte** **Bariegelde** **kann** **nicht** **als** **Entlohnung** **gelten**. **Wir** **raten** **Ihnen**, **den** **von** **der** **Gemeinde** **angebotenen** **Betrag** **anzunehmen**, **denn** **ein** **Rechtsanspruch** **auf** **Pension** **besteht** **nicht**.

Welschneureut. **Den** **Einleider** **der** **Anfrage** **betr.** **Feuerwehrkapelle** **erluchen** **wir** **um** **Angabe** **seiner** **Adresse**.

Nr. Kuppurr. **Wenn** **der** **Nazimann** **behauptet**, **daß** **die** **nationalsozialistische** **Stadttraktation** **gegen** **die** **Einstellung** **des** **Autobusbetriebes** **gestimmt** **hat**, **so** **ist** **dies** **eine** **der** **üblichen** **Nazilügen**. **Als** **Zeuge** **dafür** **lassen** **wir** **das** **Naziorgan**, **den** **Führer**, **sprechen**, **der** **in** **seiner** **Dienstausgabe** **mitteilt**, **daß** **die** **Nazifraktion** **für** **die** **Aufhebung** **des** **Autobusbetriebes** **gestimmt** **haben**. **Er** **führt** **gleichzeitig** **die** **Gründe** **an**, **die** **zu** **dem** **Beschluß** **der** **Nazifraktion** **geführt** **haben**. **Aus** **der** **Kuppurrer** **Autobuslache** **können** **die** **Nazis** **also** **kein** **Geschäft** **gegenüber** **den** **andern** **Parteien** **machen**.

Nr. Söllingen. **Gegen** **den** **ablehnenden** **Beschluß** **des** **Finanzamtes** **können** **Sie** **Beschwerde** **beim** **Landesfinanzamt** **erheben**.

Nr. M. Hohenmetersbach. **Entweder** **hätte** **der** **Geschäftsinhaber** **für** **den** **Bau** **eine** **andere** **Lehrstelle** **belegen** **müssen** **oder** **er** **ist** **aber** **für** **den** **Schadenersatz** **haftbar**, **wie** **er** **im** **Lehrvertrag** **vorgegeben** **ist**.

Nr. M. 2. **Wenn** **der** **Mietzins** **nach** **Monaten** **besahlt** **wurde**, **so** **ist** **die** **Kündigung** **nur** **für** **den** **Schluss** **eines** **Kalendermonats** **zulässig**. **Sie** **hat** **spätestens** **am** **15.** **des** **Monats** **zu** **erfolgen**. **Wird** **die** **Miete** **vierteljährlich** **besahlt**, **so** **ist** **die** **Kündigung** **nur** **für** **den** **Schluss** **eines** **Kalendervierteljahres** **zulässig**; **ist** **die** **Kündigung** **am** **dritten** **Vertag** **des** **Vierteljahres** **zu** **erfolgen**.

Nr. 3. B. **Sie** **können** **ohne** **weiteres** **unterzeichnen**, **denn** **eine** **höhere** **höhere** **Aufwertung** **muß** **auch** **an** **Sie** **ausgeschikt** **werden**.

Nr. G. A. **Bei** **Ihrem** **Wochenlohn** **beträgt** **die** **Steuer** **1,95** **M**. **Von** **einer** **Leibgensteuer** **in** **Karlsruhe** **ist** **uns** **nichts** **bekannt**.

Detektor. **Wir** **glauben** **kaum**, **daß** **das** **Goswerk** **etwas** **einzuwenden** **hat**, **aber** **es** **ist** **ratsamer**, **das** **Wasserleitungsrohr** **an** **dem** **von** **Ihnen** **bezeichneten** **Zweck** **zu** **benutzen**.

Nr. S. Durlach. **Es** **kommt** **auf** **die** **Verkaufsbedingungen** **an**, **ob** **die** **Nähmaschine** **noch** **Eigentum** **des** **Verkäufers** **ist**. **Wir** **müssen** **über** **dieselben** **zuerst** **Befcheid** **wissen**, **um** **Ihnen** **eine** **erschöpfende** **Antwort** **geben** **zu** **können**.

Nr. W. S. **Die** **Sache** **ist** **verjährt**.

Nr. Blumenkranz. **Wenn** **Sie** **sich** **vertrauensvoll** **an** **die** **Haupttribunalvorstände** **berufen**, **so** **ist** **das** **schon** **erledigt**.

Nr. 100 M. **Wenn** **der** **Durchschnittslohn** **im** **letzten** **Vierteljahr** **35,21** **M** **betrug**, **so** **erhalten** **Sie** **mit** **Frau** **und** **Kind** **eine** **Arbeitslosenunterstützung** **von** **18,55** **M** **wöchentlich**.

Die ersten Frühjahrsstoffe

In Wolle und in Seide werden Postellfarben in Blau, Rosa, Grün und Gelb bevorzugt. Schottenkaros werden für Röcke besonders verlangt. Bedruckte Stoffe aus Wolle, Seide und Kunstseide zeigen viele neue kleine und grosse Muster.

Die ersten Preise: unvergleichlich günstig



Kunden Kredit G. m. b. H. Karlsruhe

Wollstoffe	Crepe Georgette . . . 5.75
Tweed . . . von Mk. 1.75 an	Tussah bedruckt . . . 3.50
Schotten 4.35 2.50	Fil à fil Indanthren . . . 4

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

4. März

1787 Verfassung der Vereinigten Staaten proklamiert. — 1848 Sturm auf das Münchener Zeughaus. — 1852 Russischer Schriftsteller Nikol. Gogol. — 1871 Erste Reichstagswahl. — 1919 Generalstreik in Berlin. — 1925 Bestattung Eberts in Heidelberg. — 1929 Militärrevolte in Mexiko. — 1929 Hoovers Amtsantritt als Präsident.

Zum Großfeuer in der verlängerten Wolfartsweierer Straße

Schreibt die Berufsfeuerwehr: Die Feuerwache Ritterstraße wurde Montag abend um 22.54 Uhr durch den Feuerwehler Wolfartsweierer Straße 5 alarmiert. Es brannte ein der Reichsbahn gehöriger und zu Lagerzwecken vermietet einzelstodiger Schuppen aus Holz, der etwa 400 Meter vom Eisenbahnübergang entfernt zwischen der Straße und den Eisenbahngleisen östlich des Ausbesserungswerkes stand. Das Feuer, dessen erste Spuren von einem Beamten der Wache und Schützengesellschaft entdeckt worden waren, hatte sich im Innern des Schuppens über den Raum eines ganzen Brandabschnittes (etwa 40 auf 20 Meter) ausgebreitet und bis zur Ankunft des ersten Löschzuges zu solchem Umfange ausgewachsen, daß dieser einem Großfeuer gegenüberstand. Da Gefahr für die auf den benachbarten Gleisen abgestellten Eisenbahnwagen, sowie u. a. für die rückwärtigen Wohnhäuser an der Zimmerstraße bestand, wurde der 2. Löschzug von der Wache angefordert. Das Schadenfeuer, das eine ungeheure Hitze ausstrahlte, konnte ebenso den benachbarten Schuppen an beiden Seiten jenseits der Brandabschnitte gefährlich werden. Die Brandmauern haben sich bei diesem Schadenfeuer ganz hervorragend bewährt und ihre Errichtung hat sich sicher gelohnt. Jenseits einer dieser Mauern befand sich — wie ortskundiger Wächter angab — ein Carbidlager, so daß an dieser Stelle größte Vorsicht beim Wassergeben geboten war, um Explosionen zu vermeiden.

Der Schuppen war zum Lagern von Sperrholz und Dachpappe benutzt worden und bot so neben der leichten Konstruktion (trockene Holzwände, Dachträger und Teerpappdach) auch infolge seines Inhalts einem Schadenfeuer reiche Nahrung. Verbotenerweise war er außerdem noch zum Einstellen eines Kraftwagens und eines Motorrades benutzt worden; als deren Brennstoffbehälter sich aufblähten, erfolgte deren Explosion mit ungeheurer scharfer Stichflamme, die das Feuer bis in die entferntesten Winkel des großen Raumes fortpflanzte.

Die Wasserversorgung an dieser Straße, an der bislang Wohnhäuser nicht gebaut sind, ist nicht günstig. Der nächste Hydrant steht am Bahnübergang, etwa 400 Meter von der Brandstelle entfernt. Zunächst wurde aus 4 A-Röhren Wasser gegeben und so dank der Unterteilung durch die Brandmauern das Feuer auf den Abschnitt abgeregelt. Der Schuppen wurde zwar zum größten Teil ein Opfer der Flammen, da er mit seinen trockenen Holzwänden, Dachkonstruktionen und seinem Teerpappdach den Flammen die beste Nahrung bot.

Insgesamt wurden auf der Brandstelle 8 Röhre (4 A- und 4 B-Röhre) eingesetzt und zirka 1500 Meter Schlauch ausgelegt. Der zweite Löschzug konnte 23.58 Uhr von der Brandstelle abdrücken; nachdem dann alle noch sichtbaren Brandherde vom ersten Zug abgeblüht und Aufräumarbeiten erledigt worden waren, rückte auch dieser Zug um 1.07 Uhr nach Zurücklassen einer Brandwache in Stärke von 1. Oberfeuerwehrmann und 8 Feuerwehrmännern ab.

Ursache

Dieses Großfeuers können vorläufig nur Vermutungen geäußert werden. Offenbar ist die vorchriftswidrige Unterstellung des Kraftwagens schuld, da die Heizungsanlage des in einem Holzverschlag eingerichteten Büros noch nach Abklingen des Brandes in Ordnung vorgefunden wurde. Ueber die Höhe des entstandenen Schadens können Zahlen noch nicht angegeben werden.

Mit dem Alarm des zweiten Löschzuges traf gleichzeitig eine Abteilung der Freiwilligen Feuerwehr Innstadt ab und von 20 Mann auf der Brandstelle ein. Sie hat im Verlauf der Löscharbeiten, die durch das Auslegen großer Schlauchströcke besonders erschwert wurden, erfolgreich und fleißig mitgearbeitet. Die Freiwillige Feuerwehr des Reichsbahnausbesserungswerkes, melbete sich ebenfalls zur Stelle, brauchte jedoch nicht mehr eingesetzt zu werden.

Die Abperzung der Brandstelle wurde rasch und exakt durchgeführt. Auch die Freiwillige Sanitätskolonne erschien pünktlich und in großer Zahl auf der Brandstelle, wurde jedoch zum Glück nicht benötigt.

Die Lagerung von Stoffen, die im Falle eines Feuers für Feuerwehler und zusehendes Publikum gefährlich und verhängnisvoll werden kann (im vorliegenden Fall die Carbidlagerung der Firma Werner und Gärtner) zeigt die Wichtigkeit einer schnell einsetzenden und weitläufigen Absperzung einer solchen Brandstelle. Der riesige, weithin sichtbare Feuerchein hatte schnell eine große Zuschauermenge angelockt.

Als Dezernent des städtischen Feuerlöschwesens war mit dem 2. Löschzug Herr Bürgermeister Schneider auf der Brandstelle erschienen; ferner waren zugegen: die Herren Ministerialrat Dr. Ward und Reichsbahnoberrat Neßler.

Die Nazis fürchten die Wahrheit Kapitänleutnant von Müde liegt den Nazis schwer im Magen

Schon die Ankündigung, daß der frühere Kapitänleutnant von Müde, der bekannte und gefeierte Seeheld, am nächsten Freitag in der Karlsruher Festhalle sprechen wird, hat die Herrschaften vom Hafentempel in große Nervosität gebracht. Der Führer bringt nämlich folgende Notiz:

Am nächsten Freitag soll in der Karlsruher Festhalle der berühmteste Renegat und Parteiräuber v. Müde sprechen. Die Veranstaltung, hinter welcher Sozialdemokratie und Zentrum stehen, bedeutet eine unerhörte Provokation der Karlsruher Bevölkerung, deren überwiegende Mehrheit heute im nationalsozialistischen Lager steht. Wir werden diese Provokation nicht hinstillschweigend hinnehmen! Nähere Anweisungen ergeben in den nächsten Tagen.

Noch vor nicht allzulanger Zeit war Herr v. Müde in den Naziältern nicht nur der gefeierte und hochgeschätzte Seeheld, sondern auch ein ebenso tapferer Naziheld. Da aber die Einkunft der Nazis für Herrn von Müde und seinen Charakter nicht erträglich war und deshalb der Nazimarktschreierpartei den Rücken kehrte, so ist er nun heute ein Renegat und Parteiräuber. Ein Ehrentitel für von Müde! Die Furz vor der Wahrheit ist es aber, die die Nazis veranlaßt, Herrn von Müde zu beschimpfen. Sie nennen es eine unerhörte Provokation der Karlsruher Bevölkerung, wenn Herr von Müde spreche. Wenn also ein anständiger Mensch, ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle, in Karlsruhe spricht, und den Volksbetrug und Volksverrat der Naziführerschaft an den Pranger stellt, so nennt dies der Führer eine Provokation der Karlsruher Bevölkerung. Wenn weiterhin der Führer in nicht zu überbietender Großmäuligkeit und Annahme behauptet, daß der größte Teil der Karlsruher Bevölkerung im nationalsozialistischen Lager steht, so muß man sich wirklich fragen, ob der, welcher einen solchen Unsinn schreibt, nicht reich für eine ärztliche Untersuchung wäre. Im übrigen dürfte sich auch die Polizei dafür interessieren, was es heißen soll, wenn der Führer ankündigt, daß die Nazis diese „Provokation“ nicht hinstillschweigend hinnehmen werden und nähere Anweisungen in den nächsten Tagen ergeben werden.

Aber so ist es, wenn man sich vor der Wahrheit fürchtet, dann will man den starken Mann spielen, um mit Drohungen den Gegner einzuschüchtern. Für alle wahrheitsliebenden Menschen ergeht daher der dringende Appell, die Müde-Versammlung zu besuchen.

Gewerkschaftsmitglieder zahlen 30 Pf. Eintritt in die Versammlung v. Müde

Zu der öffentlichen Festhalleversammlung am Freitag abend erhalten die Gewerkschaftsmitglieder bei ihren Verbänden Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. Arbeitslose erhalten solche auf dem Arbeitersekretariat gegen Vorzeigung der Kontrollkarte zum Preise von 10 Pf.

Der Stadtrat hat beschlossen

(Nachtrag)

Verdingungswesen. Auf Antrag der Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hat der Stadtrat beschlossen, daß „gemeindliche Arbeiten und Lieferungen an Beamte, Angestellte oder sonst in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Stadtverwaltung stehende Personen, an Stadterbediente, Stadträte und Mitglieder städtischer Ausschüsse, in deren Geschäftsbereich die Arbeit oder Lieferung fällt, sowie an Begleitenden sämtlicher Vorbesetzer nicht übertragen werden dürfen“. Dieser Beschluß wird der Zustimmung des Bürgerausschusses unterstellt.

Die Bedeutung des Internationalen Arbeitsamts in Genf

Die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts wirkt sich aus, ohne daß wir eigentlich viel davon merken. Es sind international so viele Zusammenhänge vorhanden, daß wir alle Ursache haben, an internationalen Ausgleich der sozialen Interessen der Arbeiterschaft hinzuwirken. Schon im Jahre 1897 trat deshalb die Internationale Arbeitskonferenz zusammen, der wir das Verbot der Verwendung des Phosphors zu verdanken haben. Das Internationale Arbeitsamt wurde dann im Jahre 1900 in Basel gegründet, das alsbald daran ging, auf die Tagesordnung der Berner Konferenz die Regelung der Arbeitszeit zu setzen. Es dauerte aber bis 1913 und 1914 bis die technische Kommission zusammentreten konnte, die zur Leistung der Vorarbeiten gebildet wurde. Deren Tätigkeit wurde aber dann durch den Krieg unterbrochen und obwohl man auf Seiten der Entente den Standpunkt vertrat, es darf keinen Frieden geben ohne internationalen Ausgleich der Arbeiterbedürfnisse, haben wir dieses Ziel bis heute noch nicht erreicht. Die Organisation des Internationalen Arbeitsamts gliedert sich in die Internationale Konferenz, den Verwaltungsrat und das Internationale Arbeits-

amt mit dem Sitz in Genf. Jedes Land, das dem Internationalen Arbeitsamt angeschlossen ist, wird durch 4 Delegierte vertreten. Kraft Friedensvertrages ist das Internationale Arbeitsamt eine geistliche Einrichtung, die mit den Sachministern der einzelnen Länder direkt verkehren kann. An der Spitze des Internationalen Arbeitsamts steht der äußerst intelligente Franzose Albert Thomas, der sein schwieriges Amt bisher verwaltet hat, ohne irgendwie nennenswerten Anstoß zu erregen. Denn im Internationalen Arbeitsamt kommen die englischen, die französischen und die deutschen Anschauungen zum Ausdruck, die sich befeindlich gegenüber stehen. Der Engländer ist idealer Diener des Staates, während der Franzose mehr Individualistisch ist. Auf alle Fälle sind beide anders geartet als der Deutsche, was gewiß die Schwierigkeiten der Aufgaben des Internationalen Arbeitsamts nicht mildert. Es haben bis jetzt 12 Tagungen des Internationalen Arbeitsamts stattgefunden mit 28 Uebereinkommen und 34 Empfehlungen. Für uns Deutsche ist wichtig das Washingtoner Abkommen vom Jahre 1919, das aber bis heute noch nirgends ratifiziert ist, das aber doch den internationalen Lohndruck beseitigt hat. Weiter ist für uns wichtig, die Vereinbarung über das Nachtarbeitsverbot und die Entschädigung der Berufskrankheiten.

In sehr tiefbührender Weise hielt am Montag abend in diesem Sinne Herr Oberregierungsrat Gemelle im Volkshaus im Rahmen des Bildungsprogramms des Gewerkschaftsartikels einen Vortrag, den er mit dem Hinweis schloß, daß der Weltfrieden nur kommen kann auf der Grundlage der sozialen Gerechtigkeit der Arbeit. Reicher Beifall der guldachten Versammlung lobte die trefflichen Ausführungen.

(1) Zuspätkommen. Die Reichsbahndirektion von Karlsruhe teilt mit: Infolge Störungen in einem Teil der Stellwerkanlage des Bahnhofes Karlsruhe sind gestern früh bei ankommenden und abfahrenden Zügen der Strecke Karlsruhe-Maxau und Karlsruhe-Eggenstein-Graben Verspätungen entstanden, durch die hauptsächlich der Arbeiter- und Berufsverkehr betroffen wurde. Es trafen die Personenzüge 554 und 558 von Maxau 28 bzw. 51 Minuten später ein. Zug 50 nach Landau-Saarbrücken erlitt 25 Minuten, Personenzug 559 nach Maxau 55 Minuten und Personenzug 1253 nach Graben-Neudorf 41 Minuten Verspätung. Die Störung war kurz nach 7 Uhr beseitigt.

(2) Amerikanische Pädagogen kommen nach Karlsruhe. Auf einer Studienfahrt durch Deutschland werden am 19. Juli d. J. amerikanische Pädagogen nach Karlsruhe kommen.

Bulach

Gedächtnisfeier

Auch dieses Jahr wurde unierer im Weltkrieg gefallenen Einwohner am Volkstrauertag gedacht. Nach dem Trauergottesdienst versammelten sich sämtliche Vereine mit den in unserem Vorort wohnenden Vertretern des Stadiparlaments, der Geselligkeit, der Lehrerschaft um 11 Uhr beim Rathaus. Der Zug bewegte sich alsdann unter den Klängen von Trauermärschen der beiden Kapellen Feuerwehr und Musikverein Harmonie) dem Friedhof zu, wo die Feier durch die Harmonie Bulach eingeleitet wurde. Hierauf brachte der Gesangsverein Frohsinn mit tiefer Empfindung den Chor: „In Frieden ruhet aus“, zum Vortrag. Herr Hauptlehrer Sellinger hielt die eindrucksvolle Gedächtnisrede. Er begann dieselbe mit dem Gebot von S. Petrus: „Es trägt ein jeder Last des Bruders Ansehens“, um lobend als schwer verwundet gemessener Frontkämpfer das Erleben des Weltkrieges in seiner grausamen Wirklichkeit zu schildern. Er wies auf die Millionen Taten des Weltkrieges hin, deren Vorbemerkung in Vierzehner von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang ununterbrochen acht Wochen dauern würde, sowie eine Reihe Sätze in einer Länge von Paris bis Wladivostok, weiter auf die in der Volkstrauertag des Lebens zu Krüppeln gewordenen, auf die vielen Witwen und Waisen. Ein tröstlicher Zug in dieser Stunde des Gedankens. „Wofür und warum?“ Ausgesprochen ist der größte Teil, um das Vaterland zu schützen, ein anderer Teil für ein größeres Deutschland. Die Ueberlebung der Kräfte führte zum Zusammenbruch, das Ende hieß: Umsonst? Nein, nicht umsonst sind unsere Taten gefallen. Die Taten aller Nationen verfühnen uns. Ihr Streben wies uns den Weg für das Volk, für die Menschheit, für das Vaterland, für die Welt. Dadurch letzten sich die Taten ein Denkmal in unierem Herzen. Der Redner schloß seine gedankentiefen Ausführungen mit der Aufforderung, mitzuwirken an der Erneuerung des Reiches, des Gemaltigen; dem Bau der Gemeinschaft der Völker. Der Arbeitergesangsverein „Freundschaft“ brachte hierauf den Chor: „Du fernes Land“ eindrucksvoll zum Vortrag, worauf der Fortkündige der Bezirksgruppe Bulach des Reichsbanners der Kriegseidgenossen und Kriegserbinterbliebenen den gefallenen Kameraden gedenkend einen Kranz niederlegte mit dem Versprechen, die Rechte der Kriegsoffer wie bisher zu wahren. Nachdem alsdann noch der Gesangsverein Eintracht einen Trauerchor mit Musikbegleitung zum Vortrag brachte, beendete die Feuerwehrkapelle durch einen Choral die eindrucksvolle Feier.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Vom Südwesten ist jetzt maritime Warmluft auch in unser Gebiet eingedrungen und hat heute Nacht in tiefen Lagen verbreitete Schneefälle und in den Höhen infolge des starken Temperaturanstiegs stellenweise Regen gebracht. Wir werden bis auf weiteres im Bereiche der milden ozeanischen Luft bleiben, so daß zunächst noch Erwärmung bevorsteht.

Wetterausichten für Donnerstag, 5. März: Aufziehende Südwestwinde, mild, wolfig, zeitweise Niederschläge, meist als Regen.

Wasserstand des Rheins

Basel 94, Gef. 16; Walsdorf 271, Gef. 15; Schutterinsel 160, Gef. 15; Rehl 328, Gef. 104; Maxau 541, Gef. 54; Mannheim 637, Gef. 23 Zentimeter.

Das Blaue Wunder bei Breitbarth

Mein Werbe-Verkauf von erstklassigen dunkelblauen Herren-Anzügen dauert nur noch bis einschließlich Samstag, den 7. März. Das blaue Wunder jetzt nur Mk. 88.- netto

Weitere Stammqualitäten: Blaue Herren-Anzüge zu Mk. 48.- und Mk. 72.- netto
Blaue Gabardine-Mäntel auf Kunstseide zu Mk. 45.- und Mk. 64.- netto

Kaiserstraße Ecke Herrenstraße

Beachten Sie meine Spezial-Fenster auf der Kaiserstraße

